



Mehr Rechtsstaatlichkeit für Kosovo

Die EU versucht mit einer Mission, dem Rechtsstaat in Kosovo auf die Füsse zu helfen. Die Erfolgchancen sind gering.

Andreas Ernst, Pristina

Internationale Missionen kennen eine typische Generationenfolge: In der ersten Phase kommen die Idealisten, dann die Karrieristen und schliesslich die Zyniker. In Kosovo, das seit zehn Jahren unter internationaler Aufsicht steht, dürften Letztere überwiegen. Alexander Hug, der Schweizer Chef der EULEX-Menschenrechtsabteilung, ist zwar kein Zyniker, aber sehr nüchtern. Seit drei Jahren soll die Rechtsstaatlichkeitsmission der EU (EULEX) Kosovo beim Aufbau von Polizei, Justiz und Verwaltung helfen - doch der Mission wird vorgeworfen, zu schwach gegen die Korruption der politischen Führung vorzugehen. «Wir können nicht einfach verhaften, wer uns nicht passt. Das Gesetz gilt auch für uns. Wir leisten lediglich einen Beitrag zur Rechtsstaatsentwicklung», sagt Hug zu dem Vorwurf.

Wir sitzen in einem karg eingerichteten Sitzungsraum im Hauptquartier der EULEX am Stadtrand von Pristina. Auf dem Weg dorthin hatte mir der Taxifahrer aufgetragen herauszufinden, weshalb EULEX die grossen Fische nicht fange. Hug bestreitet dies. Es seien diverse Untersuchungen im Gang, so zum Beispiel gegen den ehemaligen Transportminister Fatmir Limaj, den Gouverneur der Zentralbank sowie gegen verschiedene UCK-Veteranen. Die Richter der Mission hätten 181 Urteile gefällt, davon 50 mit Bezug zur organisierten Kriminalität und 100 Korruptionsfälle. Vor allem aber liege der Schwerpunkt der Arbeit nicht auf Strafverfolgung, sondern bei der Beratung der kosovarischen Partner.

Urteile wurden allerdings in den grossen Fällen bisher keine gesprochen. Die Anklage gegen den Zentralbankgouverneur scheint auf schwachen Füßen zu stehen. Er wurde wieder freigelassen. Im Fall Limaj fand vor einem Jahr eine spektakuläre Durchsuchung von Amts- und Privaträumen statt. Was dabei gefunden wurde, ist nicht bekannt. Im März wurde bestätigt, dass gegen ihn auch ein Haftbefehl wegen Verdachts auf Kriegsverbrechen bestehe. Doch Limaj geniesst als Parlamentarier Immunität und hat angekündigt, er werde gegebenenfalls gegen Ministerpräsident Thaci aussagen.

Wie steht es um die Untersuchung gegen Thaci, dem der Europarats-Abgeordnete Dick Marty schwerste Kriegsverbrechen vorwirft? Hug legt jedes Wort auf die Goldwaage: «Wir sind noch bei der Voruntersuchung. Diese richtet sich nicht gegen eine bestimmte Person oder

Personengruppe.» Es gebe neue Hinweise, aber keine stichhaltigen Beweise, um eine Strafverfolgung zu beginnen. Mit Marty sei man in Verhandlung. Dieser hatte die Übergabe von Beweisen, über die er angeblich verfügt, an die Bedingung eines effektiven Zeugenschutzes geknüpft. Gibt es einen solchen? EUlex habe ein funktionierendes Programm, sagt Hug. Und sollte ein Mehraufwand notwendig werden, weil viele Personen dauerhaft ins Ausland gebracht werden müssten, dann werde EUlex sich entsprechende Ressourcen beschaffen.

Ob die Mission geeignet ist, Marty's Vorwürfe zu klären, darüber gehen die Meinungen auseinander. Carla Del Ponte, die ehemalige Anklägerin des Haager Kriegsverbrechertribunals, verneint die Frage. Weder sei das Zeugenschutzprogramm ausreichend, noch habe die Mission die Kompetenzen, um international zu ermitteln. Skeptiker nennen einen dritten Grund, der in diesem Fall gegen EUlex als ermittelnde Organisation spricht: Sie greift nicht durch. In den vergangenen zehn Jahren haben Kosovos internationale Behörden regelmässig die Finger von mächtigen Akteuren gelassen und im Zweifel der Stabilität den Vorzug vor dem Rechtsstaat gegeben. Dass dies besser so bleibt, daran wird auch EUlex gelegentlich erinnert. Als sie im März eine Reihe von ehemaligen UCK-Männern verhaftete, kam es sofort zu Demonstrationen, obwohl sich keine hochrangigen Figuren darunter befanden. «Wenn wir die Regierung hinter Schloss und Riegel setzen, fliegt uns der Laden hier um die Ohren», sagt ein EUlex-Beamter.

In einem kleinen Restaurant vis-à-vis der Carshi-Moschee sitzt eine Runde Männer mittleren Alters. Einer von ihnen hatte bis vor kurzem einen EUlex-Polizisten zur Miete. «Ein netter Mann, Deutscher. Aber bis er fünf Worte Albanisch sprach, war er wieder weg.» Dafür gibt es doch Dolmetscher? Die Männer wiegen die Köpfe. «Glaubst du, der Übersetzer verkauft sich für seinen Lohn an die EUlex, wenn gegen unsere Kämpfer ermittelt wird?» Die Polizisten und Richter seien nach einem Jahr wieder zu Hause. «Aber die Einheimischen bleiben. Die wollen hier in Frieden weiterleben.»